

Erscheint wöchentlich 2mal mit illustriertem Sportblatt. Illustrierte Zeitschriften: „Der Weltspiegel“, „Medienpiegel“, „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „TON und BLEI“, „Photo-Spiegel“, „Ull“, „Haus Hof Garten“ mit „Spendenspiegel“. Jede Woche Musik- und Gesangspreis. Wöchentlich 1,20 monatlich 3,24 einjährig Zustellung durch die Botenanstalt im Voraus zahlbar, durch die Post 3,24 monatlich inkl. 90 Pf. Postgebühr exkl. Zustellung Ausland-Bezug durch die Hauptexpedition u. die Postanstalten in Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entrichteten Entgelts. In Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW 100, Rudolf-Mosse-Haus und den nebenstehenden aufgeführten Filialen (Fernpost: Dohmf. 840 3602 für d. Fernverkehr 4207 4208). Telegramm-Adr.: „Berlita“, Berlin Rudolf-Mosse-Gesellschaft. Postcheckkonto: Berlin Nr. 324 Anzeilenpreis: Die 1000er Zeile 1,38 2,24. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.



Anzeigen- und Abonnements-Annahme in Berlin Hauptexpedition SW 100 Rudolf-Mosse-Haus, Jerusalemstr. 48-49 Filialen: Badstr. 61, Bismarckstr. 69, Fennstr. 1, Filialstr. 9, Frankfurter Allee 286 u. 248, Grolschstr. 47, 107, Grosse-Frankfurter-Str. 89, Kochstr. 3, Köpenicker Str. 67/68, Moritzplatz, Müllerstr. 185, Potsdamer Str. 83, Rathenower Str. 3, Scheibergstr. 79, Rosenthaler Str. 45, Schiffbauerdamm 4, Schönhauser Allee 144, Turnstr. 61, Wiener Str. 16, Zimmerstr. 59, Charlottenburg, Kaserndamm 30, Kantstr. 94, Nürnberger Str. 25/26, Scharnstr. 39, Tauentzienstr. 2, Opowick-Schlesierstr. 1, Friedenau, Rheinstr. 19, Halensee-Grünwald, Lehnhof, Platz, Lichtenberg, Frankfurter Allee 241, Lichtenfelde West, Carlar 172, Neukölln, Berliner Str. 4, Hermannstr. 62/64, Kaiser-Friedrich-Str. 243, Niedersachsende, Brückenstr. 22, Pankow, Bornholmer Str. 1, Schöneberg, Hauptstr. 23/24, Martin-Luther-Str. 8, Spandau, Brelle Str. 47, Sigmund-Schlesierstr. 32, Tegel, Berliner Str. 12, Tempelhof, Berliner Str. 147, Tempelower-Graefstr. 611, Weissensee, Berliner Allee 247 (Antoniaplatz), Wilmerdorf, Höhenzollernstr. 155, Katernberg 18, Umlandstr. 88. In der Provinz: Brandenburg a. d. Havel, Hauptstr. 4; Breslau, Schweinfurter Str. 51, Regensburgstr. 4a; Pölsdam, Brandenburger Str. 23; Sietlin, Köchener Str. 34, Frankfurt a. d. O., Druck und Verlag: Rudolf-Mosse in Berlin.

# Berliner Tageblatt

58. Jahrgang \* Nr. 603

und Handels-Zeitung

Sonntag, 22. Dezember 1929

## Hilferding und Popitz zurückgetreten

### Der Reichskanzler beim Reichspräsidenten.

Das Reichskabinet hielt gestern nachmittags nach Schluss der ersten Reichstagsitzung eine Ministerbesprechung ab, deren Gegenstand das Rücktrittsgesuch des Staatssekretärs Dr. Popitz und die Stellungnahme des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding zu dieser Entwicklung war. Das Ergebnis der langen und lebhaften Aussprache unter den Mitgliedern des Reichskabinetts war, dass sich der Reichskanzler um 5 Uhr zum Reichspräsidenten von Hindenburg begab, um ihm das Rücktrittsgesuch des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding zu übergeben. Der Rücktritt des Ministers und des Staatssekretärs ist beschlossene Sache.

Der Reichspräsident hat den Rücktritt des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding und des Staatssekretärs Dr. Popitz genehmigt.

Damit hat Finanzminister Dr. Hilferding aus dem Rücktritt seines Staatssekretärs die Konsequenz gezogen, sich mit ihm solidarisch erklärt und ebenfalls sein Amt zur Verfügung gestellt, wie man seit einigen Tagen bereits erwartete. Hilferding hatte schon dem ersten Kabinet Stresemann im August 1923 als Finanzminister angehört und an der Stabilisierung der deutschen Währung mitgearbeitet. Er wurde nach zwei Monaten bereits (im zweiten Kabinet Stresemann) durch Dr. Luther ersetzt. Zum zweitenmal übernahm er das Finanzministerium im Juni 1928 im Kabinet Hermann Müller. Es ist nicht zu verkennen, unter welchen besonders schwierigen finanziellen Umständen bereits das neue Kabinet die Regierung übernahm, und wie ausserordentlich kompliziert sich seitdem die Finanzver-

hältnisse gestaltet haben. Gegen Hilferding erhob sich, da er den einen nicht weit genug, den anderen, darunter manchen seiner Parteigenossen, zu weit ging, eine immer stärkere Opposition. Staatssekretär Popitz, der gleichzeitig aus seinem Amte scheidet, hat das Staatssekretariat im Finanzministerium im Januar 1925 als Nachfolger von Dr. Zapf übernommen und sich manche unbestreitbare Verdienste erworben. Wenn der Staatssekretär als solcher auch dem Parlament gegenüber nicht direkt verantwortlich ist, so hatte doch gerade Dr. Popitz einen so grossen Anteil an der gesamten Finanzgestaltung des Reiches, dass sein Entschluss, aus der jetzigen Situation auch persönliche Konsequenzen zu ziehen, verständlich ist.

## Die grosse Sorge.

Von GUNTHER STEIN.

Die Haager Konferenz, durch die der Young-Plan endgültig zur Annahme gelangen soll, steht in drei Wochen bevor. Die deutsche Finanzreform, die durch die Kassensanierung begonnen wurde, ist jedoch, sofern sie Steuererhöhungen bringen muss, in die Ferne gerückt und in der vom Reichsfinanzministerium vorge schlagenen Form in Frage gestellt, da die vierzehn Punkte Hilferdings keine tragfähige Basis für die jetzt beschlossene radikale Bereinigung der Kassenlage bilden. Es besteht die Gefahr, dass der Antrieb zur Finanzreform an Stärke nachlassen wird, wenn erst einmal die Klippen der Haager Konferenz und der Ratifizierung des Young-Planes hinter uns liegen. Young-Plan und Finanzreform sind aber auf Geduld und Verdrerb miteinander verbunden. Das ist nicht nur hier und in anderen Blättern, die heute nichts mehr davon wissen wollen, nach dem Ende der Pariser Konferenz ausdrücklich betont worden, sondern das hat auch Dr. Schacht zum Ausdruck gebracht. Zum mindesten dem deutschen Volke, wenn nicht auch unseren Gläubigern gegenüber wäre es bedenklich, den Young-Plan anzunehmen, ohne sich vorher über die Wege der deutschen Finanzreform und über ihre Zukunft Klarheit nicht. Sie muss geschaffen werden, ehe im Haag der Schlusspunkt über die neuen Reparationsabmachungen gesetzt wird. Die Zeit ist knapp, aber sie ist da, und die Mittel und Wege werden unter dem Druck der bevorstehenden Konferenz in den wenigen Wochen, die wir noch Zeit haben, gefunden werden können. Man muss nur klar und deutlich erkennen, was es bedeuten würde, den Young-Plan anzunehmen, ohne über die unentbehrlichen Voraussetzungen für die Reform der deutschen Finanzen vorher Klarheit zu haben. Wenn man bedenkt, dass die Gesamtheit der öffentlichen Ausgaben, die auf die deutsche Wirtschaft drückt, um ein Vielfaches grösser ist, als die Summe der jährlichen Reparationszahlungen, und dass selbst eine vollkommene Streichung der Verpflichtungen aus dem Versailler Verträge aus nicht von der Notwendigkeit einer Finanzreform entbunden hätte, so erweist sich eindeutig, dass ebenso radikal wie in bezug auf die Kassensanierung auch in der Frage der Finanzreform selbst gehandelt werden muss.

Es scheint, als müsse in Deutschland eine jede öffentliche Gefahr akut werden, damit sie erkannt wird, damit man nicht mehr sorglos vom Defizitismus derjenigen spricht, die ihr Herannahen aufzeigen. Bei dieser Mentalität ist es vielleicht gut, dass jetzt über den Grad der finanziellen Schwierigkeiten des Reiches, der Länder und der Gemeinden und über die Misswirtschaft, die zu solchen Zuständen geführt hat, keine Zweifel mehr be-

stehen können. Man sieht die Gefahren jetzt so klar, dass der Wille zur Abhilfe notgedrungen wachsen und schliesslich Erfolg haben muss. Das ist der einzige, aber ein grosser Trost in der heutigen schwierigen Lage.

Folgende Tatsachen, für den Eingeweihten nur Symptome einer und derselben Krankheit, starren uns heute ins Gesicht: Eine Ultimokrise der Reichskasse hat tagelang nicht nur die Regierung, sondern auch ihre Grund- lage bedroht, und es bedurfte des grössten Drucks, um sie zu überwinden. Die Gefahr, dass die Reichskasse ihren Beamten am 1. Januar nur einen Teil der Gehälter hätte auszahlen können, stand vor der Tür. Nachdem dieses Uebel einigermaßen vermieden schien, nachdem die Möglichkeit, wenn auch noch nicht der Weg zur Kreditbeschaffung ausser Frage stand, musste der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium die Länderregierungen in einem Rundschreiben darauf aufmerksam machen, dass das Reich nicht in der Lage sein würde, die üblichen Geldzuweisungen pünktlich vorzunehmen; ja, dass auch zu dem aufgeschobenen Termin die fälligen Beträge nicht vollständig gezahlt werden könnten. Auch diese Gefahr wurde in letzter Minute abgewendet, und das Rundschreiben wurde widerrufen. Ein drittes Symptom: Während bei den Reichstagsdebatten über die Finanzreform jeder Pfennig Steuererhöhung für Bier und Tabak heiss umstritten wurde, während verschiedene Parteien deutlich erkennen liessen, dass sie solche „unsozialen“ Mittel zur Finanzreform nur in geringster Masse benutzen wollen, ist in der Reichshauptstadt, in der dieselben Parteien das Regiment führten, der aller- unsozialste Weg beschriftet worden: Die Stadt Berlin hat die Erhöhung der Verkehrstarife und der Preise für Gas, Elektrizität und Wasser beschlossen. Sie trifft damit am schwersten die Ärmsten unter den Armen und so gut wie gar nicht den wohlhabenderen Mittelstand und die Reichen. Sie trifft sie beim Unentbehrlichen, während man sich im Reich scheut, das Entbehrliche so zu be- steuern, dass im Endeffekt ausser einer un- bedenklichen Belastung eine Besserung der volke- wirtschaftlichen Lage und damit auch der Lage der Arbeiterschaft eintritt. Reichsfinanzpolitik und kommunale Finanzpolitik hätten nichts miteinander zu tun, wird man uns sagen. Aber jeder Denkende weiss, wie falsch dieser Einwand ist; jeder weiss, dass man nur in der Gesamtbetrachtung der Dinge zur Erkenntnis des deutschen Finanzproblems und zu seiner Lösung kommen kann. Und schliesslich das letzte Symptom: Ueber die Finanzen der Stadt Berlin ist zum erstenmal in ihrer Geschichte die Staatsaufsicht verhängt worden; Preussen

hat ihren Ausgabebewilligungen einen Riegel vorgeschoben.

Unterdrückt die Wirtschaft unter der Steuerlast; die Wirtschaft, die ja bekanntlich nicht nur und nicht einmal in erster Linie aus Unternehmern besteht, sondern deren wichtigstes Subjekt und Objekt die Arbeiterschaft ist. Diese Arbeiterschaft aber, deren altes Dogma ihre Interessen in einen unüberbrückbaren Gegensatz zu denen der Wirtschaft an sich stellt, findet mit jedem Morgen mehr verschlossene Betriebe vor. Die Türen sind von den „automatischen Selbstschliessern“ Kapitalmangel und Uebersteuerung zugeworfen worden. Mit einem harten Winter beginnt eine grosse Not, an der nicht nur das reparationspolitische Schicksal Deutschlands, nicht nur unglücklicher Konjunkturfal, sondern sehr wesentlich eine allzu schwache und allzu unverständige Finanzpolitik der Parlamente des Reiches, der Länder und der Gemeinden schuld ist.

Als Dr. Schacht sein leider mit gewissen Taktfehlern und aussenpolitischen Unrichtigkeiten beschwertes Memorandum über die finanzpolitischen Entwicklungen veröffentlichte, kannten viele die Kassenlage des Reiches nicht. Der deutschen Öffentlichkeit war ihr gefährlicher Charakter verheimlicht worden. Das hätte berichtigt sein können, wenn die Schwierigkeiten der Reichskasse erst in den letzten Wochen entstanden wären. Nun sind zwar im November und Dezember die Steuereinnahmen des Reiches zurückgegangen, aber das Kassendefizit, wie der Reichskanzler es im Reichstage dargestellt hat, bestand im grossen und ganzen schon ebenso, als im Juni die Sachverständigen aus Paris zurückkehrten und als jeder klar erkennen musste, dass die Voraussetzung für die Durchführbarkeit des Young-Plans in der Sanierung der Kassenlage und in einer durchgreifenden Finanzreform lag. Die Kassensanierung hatte dann ihren Schatten auf die Haager Konferenz geworfen, und selbst Laien mussten nach der Rückkehr der deutschen Delegation aus dem Haag erkennen, dass es hohe Zeit geworden war, im Finanzministerium energisch zu handeln. Wieder vergingen Wochen und Monate, ohne dass etwas in der Öffentlichkeit geschah, in der finanzpolitischen Entscheidungen wirken und werden müssen. So ist es deutlicher als je, dass Dr. Schachts Aktion, ganz abgesehen von unerfreulichem Drum und Dran, zur Klärung beigetragen hat.

Die Klärung war bitter. Schwäche und Uneinigkeit, ein brüchiges Finanzgebäude und ein Reformbedürfnis, das über die Kraft vieler Verantwortlicher hinausgeht,